



Dann trifft auf sie kautschuk Charakterisierung zu, dann sind es wirklich „pernomenen, in Vorurteilen befangenen oder gesinnungslose Subjekte“. Das sie sich in die Kampffront einreihen, wie Hedert seinen Kontergenläubigen triumphierend erzählte, ist wirklich kein Verdienst; selbst weniger „revolutionäre“ Unorganisierte, jene, die Kautschuk die „Krautflöten, Isolierern, Gedrückt, unwissenden, gedankenlosen Elemente“ nannte, scheuen den Streikbruch. Sie scheuen ihn weit eher als jene maulfertigen Revolutionäre, die um eine „Begründung“ für den Streikbruch ebenso wenig verlegen sind wie für ihr „Vorurteil gegen die Gewerkschaft“. Darüber hinaus, verehrte Revolutionäre, vergeht gefälligst das eine nicht: Wenn die Organisierten den Betrieb verlassen, legen die Unternehmer meistens gar keinen Wert auf die Anwesenheit des moralisch angefahrenen Restes der Belegschaft. Die KPD hat jedenfalls noch nie einen Mann, der gewillt war, trotz Streik zu arbeiten, von dem Betrieb fernhalten können. Ihr Einfluß auf gewisse Schichten der Unorganisierten ist zwar größer als unter — man nennt das Wahlverwandtschaft —, aber er reicht nicht aus, ihnen ein Opfer für den Betreuungsstempel der Arbeiterklasse zugumuten.

Im entscheidenden Moment folgt die Mehrheit der Arbeiter, auch der unorganisierten, der Aufforderung der Gewerkschaften, und wenn die Hedert und Mertes noch so posteriore logische Purzelbäume schlagen.

Die neue Taktik will den Unorganisierten dieselben Rechte in der Gewerkschaft einräumen wie den Organisierten. Es sollen „Rampfausschlüsse“ gebildet werden von Gelben, Christen, Sitten, Blauen und Freigewerkschaftern. Die Gewerkschaften sollen beim Kampf sogar die Unorganisierten unterstützen. Selbst auf die gefährliche Gefahr hin, von den Kommunisten als Verräter beschimpft zu werden: Sie müssen sich schon daran gewöhnen, daß die Gewerkschaften ihre Angelegenheit ohne den Rat der gewerkschaftlich unorganisierten Kommunisten regeln. Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ist sozial wertvoller als die unorganisierten Herzensbrüder der Moskauer. Die Gewerkschaften denken nicht daran, dem sozialen Schäbbling der Arbeiterklasse, dem Unorganisierten, für sein Verbrechen an der Arbeiterklasse auch noch Prämien zu geben. Hier ist eine dankbare Aufgabe für die Rubelverwalter, sie können nicht darüber haben, wenn sich die unorganisierten Mitstreitenden an die KPD, um Unterstützung wenden. Die kommunistische Partei wird doch diese Revolutionäre nicht umkommen lassen? Das wäre ja glatter Verrat an der Revolution.

Der gelbe Mertes (er wurde 1919 „Revolutionär“ und war gleichzeitig Mitglied in zwei gelben Organisationen) und kein mandlungsfähiger Freund Hedert haben den schlechten Geschmack, ihre Unternehmersparole Dienst an der Gewerkschaftsbewegung zu nennen. Wir legen dazu in einer Korrespondenz:

„Der Gewerkschaftsfunktionär müßte unter den Unorganisierten, sei es im Betriebe, auf dem Wege von und nach dort hin, oder auf Hausagitation, indem er ihnen vorsteht: Wir empfinden unseren Lohn als zu gering, unsere Arbeitsteilung als zu lang. Verbesserungen müssen wir den Unternehmern im Kampfe abtrotzen. Diese scheuen ihn nicht, denn sie sind untereinander einig und haben gefüllte Kassen. Wenn es also zum Arbeitszustand kommt, müssen wir gerüstet sein. Der Verband unterstützt dich und deine Familie im Kampfe durch Streikunterstützung, wenn du organisiert bist. Sonst leibst du und was noch schlimmer ist, deine Familie Hunger. Deine eigene Not und die Not der Deinen zwingt dich schließlich, dich trotz des Kampfes dem Unternehmer zur Arbeit anzubieten und dadurch zum Verräter an deinen Arbeitskollegen zu werden. Als geradedenkende Arbeiter müßtest du das nicht, darum organisier dich und kämpfe mit uns. — So der unermüdliche Werber. Nicht allein, die er gewinnen will, geht das zu Herzen, aber doch vielen. Ganz anders der Anhänger der kommunistischen Parole. Erstens wilmert er sowieso seine Agitationskraft viel unweltlicheren Dingen als der Gewerkschaft, und wenn er schon dazu einmal Gelegenheit hat, dann mag er ähnliche Argumente gebrauchen, wie wir sie den Funktionär oben sagen ließen. Der Schlüssel bei ihm aber muß folgerichtig heißen: Aber der Verband unterstützt dich auch im Streik, wenn du nicht organisiert bist.“ Gläubig irgendein Mensch, der in der gewerkschaftlichen Agitationsarbeit auch nur einige Erfahrung hat, damit auch nur eine Unorganisierte zu gewinnen? Nie wird das der Fall sein. Es heißt das nur seiner Beitragscheu noch Vorhieb leisten.“

Die erste Probe auf die Wirksamkeit des neuen Schwindels sollen die Betriebsrätewahlen sein.

Die Kommunisten wollen Belegschaftsversammlungen einberufen, die die Kandidaten aus den Kreisen der unorganisierten und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auswählen sollen. Das „Zentralkomitee“ hat eine zwei Spalten lange Resolution beschlossen, und die erwähnte Konferenz hat sie annehmen müssen. Möge sie sanft ruhen. Unsere Kollegen sind durch die Beschlüsse ihrer Organisation gebunden, und wer mit uns glaubt, daß das Heer der Unorganisierten groß genug ist, der melde die verbrecherische kommunistische Parole wie die Pest. Unsere Kandidaten müssen gewerkschaftlich organisiert sein und können deshalb nur von der Belegschaftsversammlung organisiert Arbeiter aufgestellt werden. Nur gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte bieten Gewähr, daß sie ihre Aufgabe erfüllen und sich nicht von den Kommunisten gegen die Gewerkschaft ins Feuer schenken lassen.

Wer sich gegen die Gewerkschaftliche auf einer anderen Wahlliste aufstellen läßt, muß aus der Organisation entfernt werden.

Die Kommunisten haben beschlossen, mit den Betriebsräten den Kampf gegen die Gewerkschaft zu führen. Sie sollen den Kampf haben.

### Die Berufsberatung.

Im großen Durchschnitt werden in Deutschland jährlich 1 1/2 Millionen Jugendliche von den Schulen entlassen und treten fast reiflos ins Erwerbsleben ein. Infolge des Geburtenausfalles während des Krieges werden allerdings die nächsten Jahre einen starken Ausfall bringen. Schon im laufenden Jahre geht die Zahl um 80 000 zurück. Im Jahre 1932 wird kaum die Hälfte des üblichen Nachschubes auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Erst 1934 wird wieder der normale Andrang einjessen.

Zweifelloos wird durch dieses Minderangebot von neuer Arbeitskraft das Unterkommen der Jugendlichen sehr erleichtert. Die Frage, welchen Beruf sich der einzelne zuwenden soll, bleibt aber trotzdem von der gleichen entscheidenden Bedeutung. Die richtige Berufswahl ist entscheidend für die Arbeitsfreude, für die Leistungsfähigkeit und für den Erfolg. Dabei ist es gar nicht so einfach, den richtigen Beruf zu finden, ob nun der junge Mensch selbst wählt oder seine Eltern. Hier soll die Berufsberatung entgegenkommen und Aufklärung schaffen. Sie sollte weit mehr, als das heute der Fall ist, in Anspruch genommen werden.

Es ist eine Tatsache, daß viele, vielleicht die meisten arbeitenden Menschen mit ihrem Beruf unzufrieden sind. Ein beträchtlicher Teil vieler Unzufriedenheit wird auf eine falsche Berufswahl zurückzuführen sein, der andere Teil freilich auf die Art der modernen, mechanisierten Arbeit, die alle Berufe, auch die geistigen, ergriffen hat. Die Einseitigkeit der modernen Arbeit ist ein großes Hemmnis für Menschen, deren sämtliche geistigen und körperlichen Kräfte zur Entfaltung drängen.

Es wäre zwar verfehlt zu behaupten, daß früher im Handwerk und in der Landwirtschaft die Möglichkeit zu einer solchen allseitigen Entfaltung bestanden hätte. Aber die Einseitigkeit war jedenfalls nicht so weit getrieben, als es heute der Fall ist. Verhältnismäßig am leichtesten ist es, Fehler in der Berufswahl zu vermeiden. An der Art der modernen Arbeit kann der einzelne nichts ändern. Er kann nur den Ausgleich suchen durch sportliche, geistige oder politische Betätigung, und er kann auch dafür eintreten, daß die gesellschaftliche Entwicklung allmählich zur Überwindung dieser Zustände führe.

Die Aufgabe des Berufsberaters besteht zunächst darin, die oft recht widersprüchlichen Neigungen des Jugendlichen zu klären und auf ein bestimmtes Ziel zu lenken. Meist wird die Neigung auch mit der Eignung des Jugendlichen zusammenfallen. Das entscheidende Wort sprechen freilich die Berufsaussichten. Die beste Eignung nützt nichts, wenn keine Verwendung dafür vorhanden ist. Der Erwerb geht über den Beruf. Immerhin kann dafür gesorgt werden, daß wenigstens ein verwandter, der Eignung nach entsprechender Beruf ergriffen wird.

Mit einiger Vorsicht ist die Eignungsprüfung zu betrachten. Ihre Methoden sind häufig nicht zuverlässiger als die Bewertung in den Schulen. Ihre Ergebnisse mögen für die meisten zutreffen, für einen kleineren Teil aber nicht. Der Prüfmeister Leben kommt oft zu ganz anderen Ergebnissen.

Der proletarische Jugendliche wird mit 14 Jahren von der Schule entlassen. Das ist ein für die Berufswahl sehr ungünstiges Alter. Er befindet sich gerade in einer Uebergangszeit, die sich durch die Unklarheit, ja Verwirrtheit aller Ziele und Wünsche auszeichnet. Es ist gar nicht zu vermeiden, daß hier der Jugendliche, wenn ihm die Wahl frei steht, sehr häufig fehl greift. Er wird am besten fahren, wenn er eine vernünftige Beratung beachtet. Auch durch eine Sinauschiebung der Schulentlassung um ein oder zwei Jahre würde wenig geändert. Die Berufszeit tritt vor 18 bis 20 Jahren, in vielen Fällen noch später, doch nicht ein. Die Schüler der mittleren und höheren Schulen sind in der Regel auch nicht viel besser dran, da sie durch meist fremde Lehrmethoden gründlich vor der Berufszeit bewahrt werden.

Dagegen könnte manches erreicht werden durch die Umwandlung unserer Lernschulen in Arbeitsschulen. Die Vermittlung der notwendigen Kenntnisse brauchte durchaus nicht darunter zu leiden, wenn in den letzten zwei Jahren die Berufsverbereitigung in den Lehrplan der Volksschulen und aller anderer Schulen aufgenommen würde. Die Entfremdung zwischen Schule und Leben, die an den meist mageren Ergebnissen des Schulbetriebes schuld ist, könnte aufgehoben werden. Der Jugendliche würde klare Anschauung von den einzelnen Berufen gewinnen und nicht nur selbst besser wählen können, sondern auch andere besser verstehen und das Getriebe des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens leichter übersehen.

Der Widerstand mancher Lehrkreise gegen diesen Ausbau der Schulen zu Arbeitsschulen ist wenig verständlich. Sie wenden ein, daß die Volksschule nicht gleichzeitig Berufsschule sein könne. Das mag richtig sein, denn ihre grundlegende Aufgabe ist die Vermittlung der erforderlichen Allgemeintennnisse. Die Volksschule kann aber sehr wohl Vorbereitungsschule für die Berufsschule und für das praktische Leben werden, und da fehlt es noch weit.

Die Berufsberatungsstellen sind nicht den Schulen angegliedert, sondern den Arbeitsämtern. Sie sind Organe der Arbeitsmarktpolitik und übernehmen nicht nur die Berufsberatung, sondern gleichzeitig die Stellenermittlung. Zu fordern ist, daß die Stellenermittlung reiflos durch die behördlichen, partiell zusammengewürfelten Arbeitsnachweise erfolge und daß die private Stellenermittlung ganz verdrängt werde. Weiterhin muß eine scharfe Kontrolle durchgeführt werden, ob sich die Betriebe als Lehrbetriebe eignen.

Die Berufsberatungsstellen haben demnach eine sehr wichtige Funktion zu erfüllen. Wir können sie als Verkäufer einer sozialistischen Arbeitsmarktpolitik betrachten.

### Ausbau der Invalidenversicherung.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat im Verein mit den beiden anderen Spitzverbänden in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister dringend den Ausbau der Invalidenversicherung gefordert. Die wesentlichsten auf eine Erhöhung der Leistungen hingelieferten Forderungen sind folgende:

1. Erhöhung der Renten durch Aufbau weiterer Lohn- und Beitragslasten.
2. Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66% auf 60 Prozent.
3. Gewährung von Witwenrenten auch ohne vorliegende Invalidität.
4. Beseitigung der Kürzungsbestimmungen nach § 1811 A.D.O.
5. Neuregelung der Kostenverteilung zwischen Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Zwei weitere Forderungen, die Erhöhung des Grundbetrages der Renten sowie die Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre, waren bereits in Ermägung gezogen, sind aber als nicht lo dringlich als die erst erwähnten vorläufig zurückgestellt worden.

In der Begründung dieser Forderungen wird zum Punkt 1 gesagt, daß die bisher geltenden Lohn- und Beitragslasten nicht mehr den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen. So besteht beispielsweise nach der jetzigen Staffellung der Beiträge und Leistungen ein qualifizierter Arbeiter nach Verlauf von 30 Jahren und Leistung von 1560 Beiträgen in Klasse VII eine jährliche Rente von 792 RM., wobei ein Wochenlohn von mehr als 80 RM. zugrunde gelegt wird. Das ist aber für einen Arbeiter, der das Doppelte dieser Summe und mehr verdient hat, ein unerträglicher Zustand. Es müssen deshalb neue Lohnklassen gebildet werden, die die Löhne von 36 bis 45, 45 bis 54, 54 bis 70 und die von 70 RM. und darüber erfassen und die mit höheren Beiträgen die notwendige Erhöhung der Renten zur Folge haben.

Zu Punkt 2 wird in der Begründung geltend gemacht, daß der heutige Zustand der für den Bezug der Rente eine Zweidrittel-Invalidität zur Voraussetzung hat, große Härten mit sich bringt, die nur durch die Herabsetzung der Invaliditätsgrenze auf 60 Prozent beseitigt werden können. Ältere Arbeiter, die nach ihrer Arbeitsleistung mehr als zur Hälfte invalide sind, erhalten keine Rente, weil bei der heutigen Praxis der Versicherung nahezu vollständig arbeitsunfähig sein muß, bevor er Rente ausgeprochen erhält. Diese mehr als halbinvaliden Arbeiter finden bei den heutigen intensiven Arbeitsmethoden, sofern sie arbeitslos werden, in den Betrieben kein Unterkommen mehr. Für sie zu sorgen, ist moralische Pflicht. Die Invaliditätsgrenze mit 60 Prozent besteht in der Angestelltenversicherung bereits von Anfang an. Es ist nicht einzulernen, weshalb die Arbeiter schlechter gestellt sein sollen.

Die unter 3 angeführte Forderung hat die Gewährung der Rente für alle über 60 Jahre alten Witwen sowie derenigen zum Ziel, die minderjährige Kinder zu versorgen haben. Die auch hiernach noch nicht versorgten Witwen werden ebenfalls Rente erhalten, wenn die unter 2 erhobene Forderung, Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66% auf 60 Prozent erfüllt ist.

Von großer Bedeutung für die Arbeiterklasse ist auch Ziffer 4. Diese Forderung auf Beseitigung der Kürzungsbestimmungen beim Zusammenreffen mehrerer Renten durch Streichung des § 1811 der A.D.O. bringt keine finanzielle Belastung. Die mit der Ausführung dieses Paragraphen erreichten Ersparnisse werden durch die Kosten der damit verbundenen Verwaltungsarbeit wieder aufgewogen. Die Anwendung der Bestimmung führt zu Ungerechtigkeiten und wird in der versicherten Bevölkerung nur als Schikane empfunden.

Zum Schluß wurde die unter 5 erwähnte Forderung gestellt, weil die Abwanderung aus der Invaliden- zur Angestelltenversicherung es mit sich bringt, daß der finanzielle Stand der Invalidenversicherung gegenüber dem der Angestelltenversicherung erheblich schlechter ist. Die aus dem Kreise der Abgewanderten bereits vorhandenen Rentenlasten bleiben in der Invalidenversicherung zurück und müssen aus den Beiträgen der zumal wirtschaftlich schlechter gestellten invalidenversicherten Arbeiter im Umfange erfahren aufgebracht werden.

Das ist ein Zustand, der nicht länger zu ertragen ist. In wie starkem Maße sich diese Abwanderung vollzog, ergibt sich daraus, daß die Angestelltenversicherung in den Jahren 1913 bis 1921 gleichbleibend 1,5 Millionen Versicherte zählte. Seit der Gesetzesänderung im Jahre 1922 ist die Zahl unablässig angefallen bis auf 3,1 Millionen im Jahre 1927, ohne bisher zum Stillstand zu kommen. Der Zuwachs von mehr als 1,5 Millionen stammt aus dem Versicherungskreis der Invalidenversicherung. Immer wieder werden weitere große Gruppen im Streifenverfahren der Angestelltenversicherung zugeführt. Auch die Bestimmung in § 193 des Angestelltenversicherungsgesetzes, wonach Unternehmer und Versicherte durch eine gemeinsame Erklärung möglich über die Zukunftsdigkeit des Versicherungszweiges entscheiden können, führt zur Abwanderung zur Angestelltenversicherung.

Wie wir sehen, sind diese fünf Forderungen nicht nur absolut berechtigt, sondern auch durchführbar. Im Interesse der gesamten Arbeiterklasse liegt es, daß mit der Durchführung nicht mehr allzu lange gewartet wird.

**Der Bundesbeitrag für die 7. Beitragswoche ist fällig. Wer sofort zahlt, kommt nicht in Rückstand. Beitragsrückstände schädigen das Mitglied und die Gesamtorganisation.**



ist ausgedrückt. Sei dem, wie ihm wolle; auf jeden Fall verdrängt heute die Maschine nicht mehr den Handwerker, sondern eine vollkommenere Maschine verdrängt eine unvollkommenere. Der Arbeiter aber, der an einer vollkommeneren Maschine arbeitet, ist weniger ein Anhängsel, ein Diener der Maschine als der an der unvollkommeneren Maschine stehende. Denn die Vervollkommnung der Maschine geht durchweg dahin, dem Arbeiter gerade die Verrichtungen abzunehmen, die ihm am lässigsten und eintönigsten waren: das Füttern der Maschine mit Material, die Handhabung des Materials während der Fabrikation und seine Weiterbeförderung nachher, die Transportaufgaben innerhalb des Betriebes, die anstrengende Arbeit mit Handantrieb usw. Jeder Arbeiter hat den Wunsch, daß ihm gerade diese Aufgaben von der Maschine abgenommen werden, genau wie bei der Nähmaschine der Hausfrau, von der ich eben sprach. Da durch wird er immer weniger zum Diener der Maschine und immer mehr zu ihrem Herrn. Er kann sich dann mehr und mehr darauf konzentrieren, die Maschine instand zu halten, zu beaufsichtigen, zu lenken, ihren Gang zu erleichtern, ihre gute Arbeit zu sichern, ihre Tücken abzuwehren, ihre Störungen zu beheben. Das sind aber Aufgaben, die mehr Intelligenz, mehr Initiative, mehr Selbstständigkeit erfordern, deshalb auch eine bessere allgemeine Vorbildung und eine höhere berufliche Qualifiziertheit. Darum gibt es in der heutigen Entwicklung eine Tendenz, die ich Tendenz zur Requalifizierung der Arbeit durch die Maschine genannt habe.

Es ist also kein Wunder, wenn man unter den höher qualifizierten Arbeitern, die sich zu starker Arbeitsfreude bekennen, sehr viele findet, die diese günstigere Stellung geradezu der Maschine verdanken.

Die Maschine hat keineswegs, wie sie es am Anfang der industriellen Revolution zu tun drohte, alle Arbeiter in seelenlose Anhängsel verwandelt. Im Laufe ihrer späteren Entwicklung hat sie immer mehr zum Typ der automatischen Vollmaschine hin tendiert, die die schwersten und geistlosesten Verrichtungen dem Arbeiter abnimmt. Deshalb herrscht zurzeit in technisch rückständigen Produktionszweigen zwar noch eine Neigung zur Dequalifizierung vor, in den vorgeschrittensten aber eine Neigung zur Requalifizierung der Arbeit.

### Maschinendleuer und Maschinenlenker.

So entsteht eine neue Scheidelinie zwischen zwei Arbeiterkategorien, zwischen derjenigen, die unter der Maschine steht, und derjenigen, die über ihr steht. Die ersteren sind Maschinendleuer, die anderen sind Maschinenlenker. Als Beispiele für letzteren Typ möchte ich anführen: den Maschinenmeister, den Mechaniker (und die vielen anderen höchstqualifizierten Spezialberufe der Metallindustrie), den Elektrotechniker, den Maschinensetzer, den Lokomotivführer usw. Man könnte diesen Typ den ingenieurmäßigen nennen, denn er verlangt vom Arbeiter Kenntnisse und Fähigkeiten, die denen des Werkzeugbauers sehr nahe kommen. Unter den gelernten Arbeitern ist dieser Typ heute schon mindestens so zahlreich vertreten wie der handwerkliche Typ der Maurer, Zimmerer und dergleichen. Deren Handfertigkeit ist eher im alten zünftigen Sinn eine berufliche, weil sie einen Beruf kennen, d. h. in stande sein müssen, mit Werkzeugen ein Produkt ganz fertigzustellen. Der qualifizierte Maschinenlenker dagegen braucht wie der Ingenieur neben guter Allgemeinbildung nur Spezialfertigkeit in der Handhabung einer Maschinenart. Seine Arbeitsfreude ist natürlich eine ganz andere, als die fast triebhaft, spontan schöpferische des Handwerkers. Sie ist mehr geistiger Natur, weniger auf das Endprodukt an sich als auf die wohlgeleitete Teilverrichtung und auf die Beherrschung der Maschine gerichtet. Deshalb ist sie auch gewürzt mit Freude der Herrschaft über widerspenstiges Material und gewaltige mechanische Kräfte.

Diese Arbeiterkategorie, die über der Maschine steht, empfindet darum in ihrer Mehrheit eine echte Arbeitsfreude, und sie bekennt sich gern zu dieser Freude. Soweit diese Arbeiter auch Arbeitsanlust empfinden, ist sie immer zurückzuführen auf soziale Ursachen, die nicht durch die Eigenart der maschinellen Arbeit bedingt sind, sondern durch autokratische Betriebsdisziplin, durch als ungerecht empfundene Lohnsysteme, durch das soziale Klassenschicksal überhaupt. Jedoch sie empfinden so sehr ihre Stellung über der Maschine als die Grundlage ihres günstigeren Schicksals, daß sie jeden Fortschritt der maschinellen Technik wie eine weitere Verbesserung begrüßen. Zugleich vermehrt dieser Fortschritt die Zahl dieser Arbeiterkategorie. Der immer noch weitverbreitete Glaube, daß die sogenannte technische Rationalisierung die Zahl der ungelerten Arbeiter auf Kosten der gelernten Arbeiter vermehrt, ist durchaus irrig. Die deutlichste Widerlegung dieses Irrtums findet man in Amerika, obwohl mancher Europäer noch glaubt, daß da so ziemlich jeder Arbeiter am laufenden Band steht. In den Vereinigten Staaten entfielen beim jährlichen Zuwachs der Arbeiterschaft in den letzten 5 Jahren vor dem Kriege zwei Drittel auf die ungelerten und ein Drittel auf die gelernten Arbeiter. In den 5 Jahren von 1921 bis 1926 hatte sich das Verhältnis mehr wie umgekehrt; auf jeden neuangestellten ungelerten Arbeiter drei gelernte. Letztere sind natürlich keine Handwerker, sondern meist hochqualifizierte Maschinenlenker. Ihre Zahl wächst in dem Maße, wie arbeitsersparende Maschinen und Methoden ungelernete Hilfs-

arbeiter und Handlanger überflüssig machen. Das laufende Band ist ja selber nichts anderes als ein Ersatz für schwere Transportarbeiten, die früher von Handlangern verrichtet wurden.

### Zukunftsaufgaben.

Für die bevorrechtete requalifizierte Arbeiterschicht gibt es also zweifellos eine befriedigende Lösung der Frage der Arbeitsfreude, und diese Lösung liegt auf der Linie der weiteren maschinellen Fortschritte. Aber wie steht es nun mit jener anderen Schicht, die unter der Maschine oder gar am laufenden Band arbeitet? Entwickelt sich hier nicht ein fünfter Stand, eine Art von abendländischen Kulis, die zu fortschreitender Entseelung ihrer gelosten Fron verdammt sind?

Ein Teil der Antwort auf diese Frage ist schon in zwei vorhin gemachten Feststellungen enthalten. Erstens: Bei fortschreitender Vervollkommnung der Maschinen vermindert sich die Zahl der Maschinenlenker und verringert sich die Zahl der Maschinendleuer. Zweitens: Die ungelerten Arbeiter der Industrie und des Transportgewerbes verlangen selber ihre Entlastung durch Maschinen und fördern auf diese Art diese Entwicklung.

Damit ist natürlich die Frage nach dem Schicksal der übrigen, die zu dieser entseelten Arbeit verurteilt bleiben, noch nicht gelöst. Ich möchte mich hier auch nicht auf das ungeheuer große und schwierige Gebiet der sozialen und kulturellen Fragen begeben, wo diese Lösung zu suchen wäre. Ich kann hier nur sagen, daß ich grundsätzlich an ihre Möglichkeit glaube, und zwar auch in diesem Falle auf Grund weiterer technischer Entwicklung. Denn weitere Mechanisierung bedeutet erhöhte Produktivität, schafft infolgedessen die Möglichkeit für die Gesellschaft, die tägliche und jährliche Arbeitszeit dieser wirklich mechanisierten Arbeiter noch sehr stark zu verringern. Diese Verringerung kann grundsätzlich so weit getrieben werden, daß tages- oder saisonweise Verbindung dieser mechanischen Fron mit anderen Arbeitsarten, wie Feld- und Gartenarbeit, selbständige Heimarbeit usw., möglich wäre. So würde zum mindesten Abwechslung die völlige Abstumpfung dieser Arbeiterschicht durch seelen- und lustlose Arbeit verhindern. Das ist lange nicht so utopisch, wie es für manche Ohren klingen mag; in bezug auf Wechsel der Arbeitsart nach den Jahreszeiten ist es schon Sitte bei vielen amerikanischen Arbeitern, und auch der tägliche Wechsel rückt dort immer mehr in den Bereich der Möglichkeit, wo man sich immer mehr der siebenstündigen Arbeitszeit und der fünfzügigen Arbeitswoche nähert. Wenn die Entwicklung in bezug auf die Arbeitszeit in demselben Tempo weitergeht, wie seit einem Jahrhundert, so ist das, was jetzt als Utopie erscheint, in weniger als in einem halben Jahrhundert schon weitverbreitete Möglichkeit.

### Zusammenfassung und Ausblick.

Für heute aber wollen wir diese Zukunftsperspektiven nicht weiter verfolgen. Begnügen wir uns mit der Feststellung von Tatsachen, die auf die anfangs gestellte Frage eine Antwort geben. Diese möchte ich zum Schluß so zusammenfassen: Im Anfang ihrer Entwicklung hat die Maschine zweifellos einen allgemeinen Schwund der Arbeitsfreude bewirkt. Im jetzigen Stadium ihrer Entwicklung aber verringert sich die Zahl der Arbeiter, für die das noch gilt, und es wächst die Zahl derjenigen, die der vervollkommenen Maschine höhere Qualifiziertheit und größere Arbeitsfreude verdanken.

Für beide Arbeiterkategorien steht also der Weg offen zu menschenwürdiger und freudigerer Arbeit, und dieser Weg führt nicht hinter die maschinelle Vergangenheit zurück, sondern er weist in die Zukunft, wo die maschinellen Hilfsmittel der Industrie noch zweckmäßiger lästige Arbeit ersparen werden, eine Zukunft, wo allerdings die Grundsätze rationaler Organisation auch auf die Wirtschaft und die Gesellschaft überhaupt Anwendung finden werden. Wenn letztere Bedingung ebenfalls erfüllt ist, dann fallen die sozialen Ursachen, weshalb so viele Arbeiter heutzutage im technischen Fortschritt noch eine Bedrohung ihrer Existenz sehen müssen, ebenso weg, wie die technischen Ursachen weggefallen sind, die noch vor hundert Jahren die Maschine zur Feindin des Arbeiters machten.

### Anmerkung der Redaktion:

Dr. Hendrik de Man war so freundlich, uns das Manuskript seines Vortrages, den er kürzlich vor dem Westdeutschen Rundfunk hielt, zum Abdruck zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen die Erörterung des so bedeutsamen Problems der Arbeitsfreude mit der Veröffentlichung dieser Ausführungen nicht beenden sein lassen, sondern beachtlichen, zu gegebener Zeit nochmals auf diese Frage zurückzukommen.

Sehr lieb wäre es uns, bis dahin Meinungsäußerungen aus unserem Kollegenkreise über die Frage der Arbeitsfreude zu hören. Wie denkt ihr, Kollegen, über die Ansichten de Mans? Wie steht es bei euch mit der Arbeitsfreude? Auf welche Ursachen führt ihr Arbeitsanlust und Arbeitsunlust zurück? Wer etwas aus eigenem Erleben zu antworten weiß, schreibe es an die Beilagenredaktion des Deutschen Verkehrsbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1.

### Wirtschaftszahlen aus Rußland.

	Okt. 1927	Nov. 1927	Aug. 1928	Sept. 1928	Okt. 1928	Nov. 1928
Monatslohn je Arbeiter i. T. (Tsd. Rubel)	65,23	61,81	70,27	70,9	78,96	69,52
Preisindex.						
1. Großhandel.						
1913 = 1,000						
Allgemein . . . . .	1,702	1,703	1,732	1,761	1,764	1,765
Landwirtschaft . . . . .	1,504	1,544	1,601	1,655	1,661	1,664
Industrie . . . . .	1,879	1,879	1,875	1,873	1,873	1,872
2. Kleinhandel.						
a) Staatlicher Handel.						
1913 = 1,0						
Allgemein . . . . .	2,28	2,00	2,62	2,63	2,13	2,15
Landwirtschaft . . . . .	2,16	1,93	2,85	2,85	2,22	2,24
Industrie . . . . .	2,38	2,04	2,45	2,47	2,08	2,09
b) Privat-handel.						
1913 = 1,0						
Allgemein . . . . .	—	2,32	—	—	2,86	2,70
Landwirtschaft . . . . .	—	2,22	—	—	2,39	2,93
Industrie . . . . .	—	2,40	—	—	2,50	2,53

Die Zahlen entnimmt der „Wirtschaftsdiener“ den verschiedenen offiziellen Sowjetberichten usw. Mit der „billigen Lebenshaltung“ (weil es nach diesen Zahlen nicht weit her zu sein).

### Politisches Kleinholz.

„Sowjet-Rußland weiß seinen verstoffelten Halbgoth Trotz aus. Stalin, der Ueberbismarck! Trotz! würde zweifellos Rußland in Grund und Boden regieren und das darf Stalin nicht dulden. Er glaubt, von der Fortsetzung für diese Aufgabe auszuweichen zu sein und deshalb die Rut auf den nach Lenin um die russische Revolution am meisten verdienten Mann. Die russische Revolution stirbt, es beginnt der kapitalistische Aufbau.“

Die „Roten“ Fahnen haben eine neue Ubart Revolutionäre entdeckt. Der König von Afghanistan ist zum Revolutionär ernannt, weil er gegen seinen Konkurrenten wieder zu den Waffen griff. Ist Amanullah nun ein fähiger Revolutionär oder ein revolutionärer König? Für Rußland ist es allerdings nicht ohne Bedeutung, ob der Reformator Amanullah siegt oder dessen englandfreundlicher Gegner. Aber wenn jeder, den Rußland begünstigt, Revolutionär ist, dann wären es auch z. B. die Herren von der UGB, die im Geschäftsbericht dankbar anerkennen, daß sie in Rußland „gut behandelt“ würden“ (vgl. „Rote Fahne“ vom 1. Februar). Die Ingenieure und Werkmeister, denen der Standballe Schachz-Broschur so übel mißfiel, diese von der UGB „ausgebeuteten“, werden über die „gute Behandlung“ anders denken.

Rußland behauptet, der Sieg eines der Gegner Amanullah bedeute Erhöhung der Kriegsgefahr. Rykow bemerkt einmal mahnend, daß dieses ewige Kriegsgefahr den Aufbau der Wirtschaft störe. Aber das stört wiederum die Herren nicht, die die „hohe Politik“ machen. Wir glauben allerdings, daß der „Volkswille“ der radikalen deutschen Kommunisten die Dinge vorurteilsfreier sieht, wenn er schreibt:

„Wir halten deshalb das Kriegsgefahr der RPD für verderblich, weil es die Augen der Arbeiterklasse nur ablenken vermag von den wirklichen Aufgaben der Gegenwart und weil es eine klare Erkenntnis der objektiv zweifellos steigenden imperialistischen Gegensätze verhindert.“

Geradezu blöde wird das Geschrei der „Roten“ Fahnen über die „Imperialistenfront gegen Rußland“ bei ihrer Registrierung des Schlichtungsabkommens zwischen Rußland und Deutschland. Dieses Abkommen, das alle Streitigkeiten auf friedlichem Wege erledigen will, ist den „Roten“ Fahnen ein Beweis für die Friedensliebe Rußlands und für — die imperialistische Heuschrecke Deutschlands. Höher geht's nimmer. Wir billigen den Wirrwirr aber mißerbende Umstände zu. Die „Rote Fahne“ brachte nämlich auf der ersten Seite eine „Analyse der ökonomischen und politischen Verhältnisse in Deutschland“ die das Zentralkomitee durch den Mund Ledbys zur Kenntnis der bedauernswerten Leser brachte. Diese Ledbliese steht etwa so aus: „Neueste Symptome der wachsenden Kriegsgefahr“. Die sowjetfeindliche Wehrpolitik des deutschen Imperialismus, die beschleunigte Vorbereitung des Interventionskrieges gegen Sowjetrußland — und auf der dritten Seite brachte dieselbe Ausgabe der „Roten“ Fahne den „deutsch-sowjetischen Schiedsvertrag“, der, wie schon gesagt, jeden Streitfall durch ein Schiedsgericht aus der Welt schaffen will, und von dem das russische Regierungsorgan, die „Iswestija“, sagt, daß das Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion über das Schlichtungsverfahren ein wichtiger Schritt sei auf dem Wege zu einer weiteren Festigung der Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland. Das Abkommen stelle den logischen Abschluß des ganzen Systems gegenseitiger Verpflichtungen dar, das vom Rapallovertrag über den Handelsvertrag, den Nichtangriffspakt und den Wirtschaftsvertrag von 1928 geht.

Die Unterzeichnung des Schlichtungsabkommens, so heißt es in der „Iswestija“ weiter, ist die beste, überzeugende Antwort auf alle sinnlosen, böswilligen Behauptungen, daß die Sowjetunion, die das Prinzip des Schiedsverfahrens in ihren Beziehungen zu kapitalistischen Staaten vermisst, jegliche Mittel zu friedlicher Lösung von Konflikten ablehne.

Daß nur die „Koten“ Fahnen etwas weniger über Krieg und Kriegsgefahr schwärzen würden, war selbstverständlich nicht zu erwarten — wenigstens nicht so lange, als Sozialdemokraten in der Regierung sitzen. Um diese einzige Arbeiterpartei zu verleumden, ist der KPD. kein Mittel zu schlecht. Jetzt muß der „Wehrwurm“ in der SPD. herhalten, den unbedingten Friedenswillen dieser Partei zu verdächtigen. Wer auf Jahrzehnte hinaus die Sozialdemokratie in Oppositionstellung halten will, kann die Ablehnung des Wehretats propagieren. Wer aber glaubt, daß die Arbeiterklasse besser sieht, wenn sie Vertreter in der Reichsregierung hat, wer also die Koalitionspolitik bejaht, muß wissen, daß immer nur der erste Schritt frei ist, den zweiten bestimmt die Logik der Dinge. Es gibt außer uns keine antimilitaristische Partei, wir bekommen keine Regierung, wenn wir nicht auch in der Wehrfrage den atavistischen Gedankengängen der bürgerlichen Parteien (und ihrer Wähler) bis zu einem gewissen Grade entgegenkommen. Es geht also auf dem Wege der Parteiarbeit im Grunde gar nicht um die Wehrfrage, sondern wieder einmal um die Kardinalfrage: Sollen wir uns an der Regierung beteiligen oder sollen wir warten, bis wir die Mehrheit haben. Man redet viel von der Psyche der Massen, nun wohl, die Massen stehen noch immer auf der anderen Seite der Barrikade.

Siegerwald ist Fraktionsführer des Reichstagszentrums geworden. Er hat den Posten angenommen und die Leitung des „Christlichnationalen“ Gewerkschaftsbundes niedergelegt. Vor Tisch las man anders: Da genügt Siegerwald nicht einmal ein Ministerportefeuille, um auf seinen gewerkschaftlichen Führerposten zu verzichten. Es müßten dazu Partei- und Fraktionsvorläufer zusammenkommen. Nun sind sie nicht zusammengekommen, und Siegerwald kapituliert doch. Der Arbeitervertreter Siegerwald kapituliert vor dem Vertreter der Kirche, Raas, und vor dem Vertreter des Geldsacks, Käßner — das ist der Sinn der Entwicklung im Zentrum.

Steuerhmerzen lassen die Regierungsmänner noch immer nicht zusammenkommen. Da Siegerwald aber Minister werden will, wird es wohl doch bald werden.

Beim Karnefest in Doorn verteilte Wilhelm selbst-erfundene Vögel, worauf ihn Domprediger Vogel mit Christus verglich. Und da wunderte sich die Kirche über Kirchenflucht!

**Gegen den Krieg.**

Vom 4. bis 6. Januar d. J. beschäftigte sich in Frankfurt a. M. die internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit mit dem Giftgaskrieg. Als Bemerkung für die Anerkennung, welche die Arbeit dieser Vereinigung bereits gefunden hat, mag gelten, daß die Sozialdemokratische Partei dem Kongreß die besten Wünsche übermittelt ließ und Begrüßungstelegramme sogar aus Amerika eingetroffen waren.

Unter den Referenten machte besonders das von Gertrud Wotter-Schweiz einen ungewöhnlich tiefen Eindruck, weil es sich mit jenen Giftgasfanatikern in England, Frankreich und Deutschland auseinandersetzte, die im Giftgaskrieg auch heute noch die „humanste Art der Kriegsführung“ sehen und glauben, dies „humanitätlich gerechtere“ zu haben. Das Referat der Frau Wotter war allerdings geeignet, diese Illusion gründlich zu zerstören, denn mit allem erforderlichen wissenschaftlichem Nützlichkeits rückt die Referentin den Giftgasbestimmungen zu Leibe. Eine ungeheure Senation erregten u. a. ihre Ausführungen, daß die Statistik über die Wirkungen der Giftgase im Westkrieg gefälscht bzw. die Wahrheit über diese entsetzliche Kriegswaffe ver-schleiert worden sei. Allein der erste Gasangriff in Belgien habe 6000 Tote gekostet und bei den späteren Gasangriffen seien (nach militärischen Quellen) die Truppenführer trotz gewesen, wenn ein Viertel ihrer Truppen heil davongekommen wäre.

Frau Dr. med. Substina-Polen brachte mit ihrem Referat insofern eine wirkungsvolle Ergänzung zu den obigen Ausführungen, als sie u. a. die schrecklichen Folgen des Gaskrieges schilderte, die während des letzten Krieges in dem polnischen Gazetten beobachtet werden konnten: kaum 10 Prozent der Vergaserten hätten gerettet werden können.

Professor Dr. Lewin-Berlin ging auf die psychologische und ethische Seite der Angelegenheit ein. Nachdem er einleitend erklärt, daß heute schon 25 Arten Giftgase bekannt seien, gegen die die Wissenschaft nichts ausrichten könne, betonte er mit Nachdruck, daß in früherer Zeit die Anwendung von Giften das Referent feiger Mörder gemeldet und schon den sogenannten „Barbaren“ des Altertums als ein Grauel erschienen sei. Ueberhaupt wäre die Art, durch Gifte „kampfunfähig“ zu machen, dem menschlichen Empfinden so unfassbar, daß es als ein dem ganzen Menschentum zugefügtes Verbrechen anzusehen sei, gegen das es leider noch keine genügende Strafe gebe.

Was im Anschluß hieran Hauptmann Brunkly-Schweden über die Umwandlung der Kriegsführung bzw. die Zukunftskriege sagte, mußte auch dem hartgesonnensten Anhänger des Krieges das Herz vor Entsetzen erstarren lassen. Der Krieg sei heute motorisiert. Die feindliche Luftflotte könne in kurzer Zeit in das Herz des Landes eindringen und frontal wie Heimatvergehen. Gegen solche Angriffe gebe es keine Abwehr. Wir näherten uns immer mehr der Zeit, in der eine militärische Verteidigung der Großstaaten eine Unmöglichkeit sei. Hauptmann Brunkly schloß seine Darlegungen mit den ersten, warnenden Worten: „Wenn es nicht gelingt, innerhalb weniger Jahre den Krieg abzuschaffen, ist Europa dem Untergang geweiht.“

Geordert wurde die Abschaffung des chemischen und bakteriologischen Krieges, es

sei für die Wissenschaft entehrend, ihre Erfindungskraft für die Zerstörung der Menschheit zu mißbrauchen. Mit Schutzmaßnahmen gegen die Wirkungen des Giftgaskrieges, wie sie beispielsweise das Rote Kreuz vorgelegt habe, sei nicht geholfen.

Professor Corney-England hatte außerdem zum Schluß der Konferenz ausgesprochen, daß es unmöglich sei, die chemische Industrie zu kontrollieren, und daß es darum nur eine einzige befriedigende Methode gebe, nämlich: gegen alle Formen der Kriegsführung zu lämpfen.

Diese durchaus logische Schlussfolgerung deckt sich ganz mit unserer sozialistischen Auffassung über den Krieg. Was speziell die Giftgasfragen anbelangt, so wissen wir, daß hinter diesen mächtigen kapitalistischen Gruppen stehen — was auch auf der Konferenz aufgezeigt wurde —, und daß nur diese am Giftgas Interessierten ein Interesse an Giftgasstrategien haben können, die übrige Menschheit schwerlich. Hier ist eine Aufgabe für den Völkerbund — und uns alle.

**Material zur Reichs-Unfallverhütungs-Woche (RUVW) vom 24. Februar bis 3. März 1929.**

**Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft.**  
(Die eingeklammerten Zahlen für 1927, nicht eingeklammerte für 1928.)

Zahl der versicherten Betriebe 56 078 (56 293), Zahl der versicherten Personen 851 200 (840 000).  
Einnahmen in 1000 M. 15 080 (14 923,2), Ausgaben in 1000 M. 10 122,7 (8934,6).

Davon Ausgaben für Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften 3,5 (6,6), für Betriebsüberwachungskosten 146,0 (167,1), für Kosten für Rettung Berunglückter (0,2), (0,85) für Unfalluntersuchung und Feststellung 134,4 (155,7).

Gemeldete Unfälle und Berufserkrankungen 39 284 (50 590), davon Todesfälle 221 (215). Renten wurden neu festgelegt 2599 (2538). Die Gesamtzahl der Rentempfänger betrug 1927 16 843, davon waren 2985 Witwen und 1243 Waisen.

Auf 1000 versicherte Personen entfielen gemeldete Unfälle 115,3 (138), entschädigte Unfälle 7,0 (7,75), tödliche Unfälle 0,67 (0,61).

Von den versicherten Betrieben waren 1928: Kleinbetriebe (1 bis 5 Beschäftigte) 43 556 = 77,7 Prozent mit 112 000ollararbeitern, Mittelbetriebe (6 bis 50 Beschäftigte) 10 123 = 18,0 Prozent mit 110 000ollararbeitern, Großbetriebe (über 50 Beschäftigte) 2344 = 4,3 Prozent mit 126 000ollararbeitern.

Die Betriebsüberwachung wurde von 12 (12) Ueberwachungsbeamten ausgeführt. Dabei wurden beschäftigt 9299 (8380) Betriebe mit 89 495 (23 Prozent der versicherten) Beschäftigten.

Verstöße wurden festgestellt in 13 870 (12 585) Fällen. Sie betrafen besonders häufig: Mangelhafte Betriebswege, Treppen, Fußböden, ungenügende Beleuchtung in 439 (360) Fällen, fehlendes Geländer oder Handlauf 802 (638), fehlende Geländer und Fußleisten an Bühnen, Rampen, Treppeneinstufen 230 (236), fehlende Brustwehren und Handgriffe an Ladeöffnungen und Luken 598 (460), fehlende Aufstiege und Ausstiege an Fußwergen 682 (565), Führer ohne Brems- und Hemmnorrichtungen 193 (403), Hebezeug ohne Vermerk der zulässigen Belastung 541 (477), fehlende bzw. mangelnde Sperr- und Bremsvorrichtungen, Hebezeug 105 (118), fehlende Verkleidung bewegter und gefährdender Teile an Hebezeugen und Arbeitsmaschinen 718 (610), Verbotsmangel Entfernung von Schutzvorrichtungen 148 (118), Mangelhafte Geräte, Apparate und maschinelle Einrichtungen 734 (611), fehlendes oder ungenügendes Verbandsmaterial 1224 (2490), fehlender Aushang über die erste Hilfe bei Unglücksfällen 2490 (2538).

Veranlassung zu Rentenentschädigungen waren u. a. Unfälle:

	1927	davon	1928	davon
	tot		tot	
an Arbeitsmaschinen	135	2	129	3
Hebemaschinen	218	17	202	16
bei Arbeiten mit Sprengstoffen (Explosion)	10	6	14	1
Arbeiten mit feuergefährlichen und ätzenden Stoffen	38	10	22	6
Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen	319	20	314	13
Fall von Leitern, Treppen, Luken, in Vertiefungen usw.	497	30	431	36
Auf- und Abfallen von Hand, Heben, Tragen, Stehen, Werfen usw.	389	9	430	15
Fuhrwerk (Ueberfahren, Umsturz, einschl. Handlarentransport, Automobil- und Fuhrwerkverkehr)	558	70	594	92
Eisenbahnbetrieb (einschl. elektr. Straßenbahn (Ueberfahren usw.))	71	11	90	18
Treren (Stoß, Schlag, Biß) (einschl. der Unfälle beim Reiten)	104	12	94	8
elektr. Anlagen (Leitungen usw.)	4	5	5	3
durch abspringende Splittler, Späne usw.	112	12	77	4
Insgesamt wurden Entschädigungen festgelegt	2637	227	2599	231

**Jeder Besteller der Geschichte des Deutschen Verkehrsbandes**

**verringert den Preis dieses kostbaren Geschichtswerkes. Bestelle deshalb sofort bei deiner Ortsverwaltung.**

*Institut für*

**Material zur Reichs-Unfallverhütungs-Woche (RUVW) vom 24. Februar bis 3. März 1929.**

Die Differenz zwischen dieser Gesamtzahl und der oben genannten ergibt sich daraus, daß Unfallrentenfestlegungen von anderen Berufsgenossenschaften übernommen wurden.

Die Arbeiter, besonders aber die Betriebsvertreter, müssen besonders darauf achten, daß bei neuen Anlagen und Maschinen die Schutzvorrichtungen vorhanden sind resp. vor der Inbetriebnahme angebracht werden. Leider sind die Lieferanten noch nicht gefehlich verpflichtet, die nötigen Schutzvorrichtungen mitzuliefern. Aber auch die gelieferten Schutzvorrichtungen bedürfen einer außerordentlich sorgfältigen Nachprüfung. In den Berichten der Aufsichtsbeamten wird u. a. betont: Mangelhafte Schutzeinrichtungen an neu gelieferte Maschinen wurden von unseren Beamten wiederholt vorgefunden. Zur autogenen Schneideeinrichtung wurde eine glasfaserige Brille mitgeliefert. An Schmitzgeschleiben mußten die mitgelieferten Schutzhäuben in mehreren Fällen als Scheinlösungen angesehen werden. Auch die älteren Anlagen müssen daraufhin stets überprüft werden, daß laufende Teile ordnungsgemäß verkleidet und das laufende Gut sowie die verwendeten Schlingen, Ketten, Haken, Kästen einwandfrei sind. Die Gewichtangaben auf Gütern müssen unbedingt stimmen, damit die Hebezeuge, deren Tragfähigkeit sicher festzustellen ist, nicht überlastet werden. Die Sicherungen aller Öffnungen müssen so gehalten sein, daß sich auch tatsächlich ein Schutz und nicht nur eine mehr oder weniger schlechte Warnungstafel darstellen. In Wagen müssen Sitze, Sicherheitsgelder, Aufstiege und Bremsvorrichtungen vorhanden und in Ordnung sein. Besonders wichtig ist bei Anhänger geboten. Bei Bearbeitung ätzender, gasentwidelnder und explosiver Waren oder Beschäftigung an Maschinen und Werkzeugen, deren Betriebsstoffe solche Eigenschaften haben, ist die Gefahr besonders groß.

Die Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft meldet fünf Unfälle, unter ihnen zwei mit tödlichem Ausgang, durch Laufenlassen des Motors bei geladener Garage. Durch Zusammenstoß mit Eisenbahnwagen an schrankenlosen Uebergängen entstanden acht Unfälle. Folge: Zwölf Verletzte, davon sieben tot.

**Einzelhandels-genossenschaft.**

(Die nichteingeklammerten Zahlen gelten für 1926, die eingeklammerten für 1927.)

Umfang der Berufsgenossenschaft: Versicherte Betriebe 79 710 (85 060), versicherte Personen 487 915 (593 600).

Einnahmen und Ausgaben: Einnahmen in 1000 M. 2734,4 (3408), Ausgaben in 1000 M. 2096,3 (2334). Davon Ausgaben für Entschädigungen (Renten, Heilbehandlungen) 1235,2 (1021,6), für Unfallverhütung (Rettung Berunglückter, Betriebsüberwachung einschl. Kosten für Unfallverhütungsvorschriften, für letztere 1927 5080 M., 92,4 (110,5)).

Unfallzahlen: Unfallanzeigen wurden erstattet 10 857 (16 213). Verletzte, für die über deren Hinterbliebene im Jahre 1927 insgesamt gezahlt worden ist 3593 (4609). Neuhingekommen rentenpflichtige Unfälle 1841 (2081), davon a) völlig erwerbsunfähig 15, b) tot 36 (52).

Betriebsgrößen im Einzelhandel: (Kleinbetrieb 1 bis 5 Beschäftigte, Mittelbetrieb 5 bis 50 Beschäftigte, Großbetrieb über 50 Beschäftigte.)

Von den Betrieben waren in Prozenten:

	1913	1923	1925	1926	1927
Kleinbetriebe	70,73	79,29	67,14	68,08	68,70
Mittelbetriebe	27,91	19,23	30,72	31,78	31,13
Großbetriebe	1,86	1,48	2,14	2,14	2,17

Entschädigungspflichtige Unfälle ereigneten sich in Kleinbetrieben 807, in Mittelbetrieben 1726, in Großbetrieben 2077.

Ursachen von Unfällen bei Betriebseinrichtungen und Vorgängen:



gung versagte, so daß er eine Zeitlang als „Zentralauskunftsstelle“ figurieren mußte. Dabei war das Programm der Gräfinin, Pauline Herber, sehr zahlreich und kirchenfreundlich. Es hieß darin: „Die Frauenfragen wollen wir lösen in christlicher Sinne. Wir stellen uns in den Dienst der Kirche, und gehen voran in der Lösung der Aufgabe, welche sie für die Menschheit hat.“

Der Hauptanstoß zur Gründung des Bundes scheint der Umstand gewesen zu sein, daß katholische politisch interessierte Frauen begannen, sich der liberalen Frauenbewegung anzuschließen. Das Zentrum aber hatte natürlich ein Interesse daran, keine Schächlein im eigenen Lager zu haben. Also riskierte man schon lieber den anfänglichen Konflikt mit den Kirchenbehörden und legte sich dem Verdadst aus, der „gehagten und verspotteten Frauen-Emancipation“ Vorkub zu leisten.

Aus der Entwicklungsgeschichte des Bundes dürften nachstehende Zahlen und Daten interessieren: Zwei Jahre nach der ersten Versammlung wurden drei Studienkommissionen gegründet, für wissenschaftliche, karitative und soziale Bestrebungen. Im Jahre 1908 zählte der Bund bereits 50 Zweigvereine und 18 000 Mitglieder, selbst in Luxemburg und Swopodombud waren Zweigstellen gegründet worden. Jugendabteilungen entstanden, und den bereits vorhandenen Kommissionen schlossen sich Hausfrauen- und Landfrauenkommissionen an. Im Jahre 1916 gründete der Frauenbund die Soziale Frauenschule in Köln, weitere ähnliche Gründungen folgten, besonders, als nach der Revolution auch die katholischen Frauen aus den Händen der Sozialdemokratie das freie Wahlrecht und damit die politische Gleichstellung mit dem Manne empfingen. Ende 1927 war die Mitgliederzahl im katholischen Frauenbund auf rund 200 000 gestiegen und im März 1928 konnte die Gründung des tausendsten Zweigvereins festlich begangen werden.

Soll man den katholischen Verbänden des Bundes glauben, so gibt es angeblich keine Frauenfrage — ob es sich nun um Berufsfragen oder Eheberatung handelt, ob Mittelstandsfürsorge oder Landfraueninteressen, ob neuzeitliche Ernährungswissenschaft oder die Einrichtung von Kinderhorten — die durch den Bund nicht gelöst werden wäre. Daß diese Lösung durchaus im Sinne der Kirche erfolgte, versteht sich eigentlich ganz von selbst. Gewissmaßen als oberstes Symbol dieser Arbeit darf wohl die Frauen-Friedenskirche angesehen werden, deren Plan von der zweiten rührigen Vorliegenden des Bundes, Hedwig Dransfeld, mit Eifer und Nachdrücklichkeit verfolgt und zu welcher „alle katholischen Frauen und Jungfrauen ihr Scherlein beigesteuert“ haben, so daß sie in den ersten Monaten dieses Jahres in Frankfurt a. M. ihrer Bestimmung übergeben werden kann. Bezeichnend ist ferner, daß sich die katholische Kirche, trotz ihrer anfänglichen Gegnerschaft, durch weitgehenden Einfluß auf die Leitung des Bundes zu verschaffen wußte, weshalb denn auch die Patres auf den Generalversammlungen usw. die erste Geige spielen. Und am besten wird schließlich die Arbeit des katholischen Frauenbundes durch Vater Bonaventura charakterisiert, der 1904 auf der ersten Generalversammlung in Frankfurt a. M. den Teilnehmern zurief: „Würdig jener großen Frauen, die in schwerer Zeit der Stolz der Kirche waren, ist die Frau auch heute die Weberin der Welt, die Heilshilfsmacht in der stillen, sozialen und wirtschaftlichen Not ihrer Schwwestern, und die neue Bewegung, die der Frauenbund unter die katholischen Frauen unserer Zeit bringen will, bedeutet für sie eine Aufrechterhaltung zu neuem Ernst des Lebens und zu neuer Auffassung ihrer sozialen Pflichten.“

„Der Knecht ist, soll auch Knecht bleiben“, sagte Bischof Senke einmal. Wie weit diese bischöfliche Meinung hier als Richtschnur dienen soll, wurde nicht gesagt.

### Das Recht der Unehelichen.

Man muß kaum, daß zehn Jahre nach der Gründung der deutschen Republik die unehelichen Kinder immer noch in der alten Rechtslosigkeit umherlaufen, obwohl ihnen nach Artikel 121 der Weimarer Reichsverfassung durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre soziale, seelische und gesellschaftliche Entwicklung gewährt werden sollten wie den ehelichen Kindern.

Sehr scheint es, als ob das alte Unrecht endlich beseitigt werden soll, denn der Reichsminister der Justiz hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindes Statt vorgelegt, der versucht, die völlig veraltete gegenwärtige Rechtslage den Vorschriften des oben erwähnten Artikels 121 der Reichsverfassung anzupassen.

Von vorne herein muß gesagt werden, daß der Entwurf zwar eine Reihe wichtiger Verbesserungen enthält, durch welche die schreiendsten Ungerechtigkeiten beseitigt werden sollen, aber noch keineswegs eine sinngemäße Ausführung des Artikels der Reichsverfassung bedeutet.

Der § 1717 BGB ist eine schwere Härte für das uneheliche Kind, weil er bestimmt, daß eine Frau, die in der Empfängniszeit mit mehreren Männern verkehrt hat, von keinem dieser Männer die Gewährung von Unterhalt verlangen kann. Der Entwurf will die dadurch entstehenden und bekannnten Ungerechtigkeiten (z. B. fälschliche Verschuldung des Mehrverlehten, Weineide usw.) dadurch beseitigen, daß es dem Kinde ermöglicht, einen der in Betracht kommenden Männer auf Gewährung von Unterhalt in Anspruch zu nehmen, der dann, soweit er Zahlung leistet, von den anderen Teilern im Wege des Rückgriffs fordern kann.

Die bisherige Praxis bei der Regelung des Unterhaltsanspruches liegt ungeründeterweise die wirtschaftlichen Verhältnisse des Vaters völlig außer Betracht und begrenzte auch die Unterhaltspflicht zeitlich, so daß Schwierigkeiten z. B. bei der Berufsausbildung unehelicher Kinder entstanden.

Bei der Bemessung der Höhe soll wie bisher grundsätzlich von der Lebensstellung der Mutter ausgegangen werden, jedoch sind zugunsten des Kindes auch die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse des Vaters in Betracht zu ziehen. Das gilt besonders für Kinder, deren Väter in wesentlich besseren wirtschaftlichen Verhältnissen leben, als die Mütter. Was die Dauer des Unterhalts anbelangt, so hat der Entwurf für den Regelfall die bisherige Grenze (Vollendung des 16. Lebensjahres) beibehalten. In Fällen, in denen die Berufsausbildung eines Kindes an diesem Zeitpunkt ohne sein Verschulden noch nicht so weit fortgeschritten ist, daß es sich selbst unterhalten kann, hat ihm der Vater den Unterhalt so lange weiterzugewähren, bis es hierzu in der Lage ist. Für den Fall, daß sich der Vater bei der Geburt des Kindes noch in der Berufsausbildung befindet und von seinen Eltern unterhalten wird, gibt der Entwurf dem unehelichen Kind einen Unterhaltsanspruch gegenüber den Eltern des Vaters. Eine Reihe weiterer Bestimmungen bezieht sich auf die Regelung der Verhältnisse des Kindes nach dem Tode des Vaters.

Auch die Unterhaltsansprüche der unehelichen Mutter werden erweitert und vorgeschlagen, daß der Vater nicht nur, wie bisher, die Kosten des Unterhaltes für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung, sondern auch für die Dauer von vier Wochen vor der Entbindung zu gewähren hat.

Die elterliche Gewalt über ihr uneheliches Kind stand bislang der Mutter nicht zu. Der Gesetzgeber will demgegenüber das Vormundschaftsgericht ermächtigen, der Mutter die elterliche Gewalt über das Kind zu verleihen, wenn dies aus besonderen Gründen im Interesse des Kindes liegt. Von einer generellen Verleihung der elterlichen Gewalt hat der Entwurf abgesehen. In der Begründung heißt es ausdrücklich: „Es wird sich im allgemeinen empfehlen, nur Müttern mit einer gewissen Reife der Lebensanschauungen die elterliche Gewalt zu verleihen und eine solche Maßnahme erst in Erwägung zu ziehen, wenn sich die Mutter schon eine nicht zu kurze Zeit hindurch in der Pflege des Kindes bewährt hat, auch die Person des Vaters und seine Zahlungspflicht bereits feststehen.“ Jedenfalls versucht man mit der längst überholten Ansicht aufzuräumen, daß die uneheliche Mutter immer eine „schickinnige“ Person sein muß, bei der, ohne Vormund, das Vergewenden des Vermögens des Kindes oder der Unterhaltsgelder zu befürchten wäre usw.

Was die Namensgebung anbelangt, so soll auch für die Zukunft als Grundsatz bestehen, daß das Kind den Familiennamen der Mutter erhält. Der Entwurf will jedoch die Erteilung des Namens des Vaters in denjenigen Fällen erleichtern, in denen der Vater selbst diesen Wunsch hegt.

Die Ehelichkeitserklärung und Annahme an Kindes Statt sollen im Interesse des Kindes erleichtert werden. Am Reichstag wird es nun liegen, den Gesetzentwurf so auszubauen, daß er den Anschauungen der Jetztzeit über die Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern entspricht.

### Eine Wäschfrau leistet soviel wie ein Holzfäller.

In der „Arbeit“, dieser prächtigen Monatschrift des DGB, werden in der „Rundschau“ die Ergebnisse der Arbeitswissenschaft von Zeit zu Zeit veröffentlicht. Diese Heftchen sind sehr aufschlußreich. Im Januarheft wird u. a. eine Zusammenstellung über die Beziehungen zwischen der Arbeit und dem Energieverbrauch gebracht. Der Energieverbrauch in je einer Stunde ist gegenüber rein häuslicher Arbeit (des Mühhiggängers) erhöht; bei dem Holzfäller um 100 v. H., bei der Wäschfrau um 159 v. H., beim Holzfäller um 150 v. H., beim Steinhauer um 126 v. H., bei der Dienstrfrau um 117 v. H., beim Stubenmädchen um 87 v. H., beim Schreiner um 68 v. H., beim Schäfer um 89 v. H., bei der Maschinenfäherin um 24 v. H. usw. — Man ersieht hieraus, daß eine Wäschfrau in der Arbeitsleistung einem Holzfäller gleichzustellen ist. Die Arbeit einer solchen Frau wird in der Regel nicht sehr hoch bewertet. Und doch sollte man den Hut abziehen für die stillen Leistungen, die von Tausenden und aber Tausenden solcher Frauen vollbracht werden. Auch die Arbeiterfrau selbst, die im Haushalt tätig ist, hat vielfach einen weit höheren Energieverbrauch als selbst die in Arbeit stehenden Männer. Ganz zu schweigen von der großen Zahl von Mühhiggängern, die ihr Leben ohne Arbeit verbringen können.



Abgesehen der freien Gewerkschaftsjugend. Das am Kopfe dieser Rubrik wiedergegebene Abzeichen der freien Gewerkschaftsjugend sollte als äußeres Kennzeichen der Zugehörigkeit zur FGJ. von jedem Mitglied sichtbar getragen werden.

Das sehr sauber aus Emailletröge hergestellte und vergoldete Abzeichen ist durch alle Ortsauslässe des DGB zu einem Preise zu erhalten, der jedem jugendlichen Bundesmitgliede die Anschaffung gestattet. Also: Kein Jugendkollege mehr ohne das Abzeichen der freien Gewerkschaftsjugend.

Kleinauto. Der Generalvertreter einer berühmten Kleinautofabrik fuhr einen Interessenten in solch einem winzigen Wägelchen durch die Weststadt spazieren. Plötzlich verschwand das Tageslicht, um zwei Sekunden darauf wieder zu erscheinen.

Ganz verwundert fragte der Passagier: „War das ein Tunnel?“ „Nein“, lautete die Antwort, „das war nur ein großer Verkehrsomnibus.“

### Allgemeines.

Heinrich Diefenbach, einer unserer Veteranen, begeht am 2. Februar ein seltenes Jubiläum. An diesem Tage ist er 50 Jahre lang bei der Firma J. Kaufmann, Frankfurt a. M., als Vater beschäftigt. Seit Frühjahr 1902 ist Diefenbach Mitglied unserer Organisation, nachdem er schon vorher in der Lokalorganisation der Vater- und Hausdiener tätig war. Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehörte er bereits zur Zeit des Sozialistengesetzes an und hat ihr seitdem die Treue gehalten. Möge dem alten Kämpfer ein heiliger Lebensabend beschieden sein.

**Sprachkurse für Kinder in Berlin.**  
Zahlreiche Anfragen aus den Kreisen der organisierten Arbeiterklasse haben die Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins veranlaßt, außer den Abendkursen für Erwachsene legt auch Nachmittagskurse in Englisch und Französisch für Kinder von 12 bis 14 Jahren einzurichten. Die Kurse werden in den nächsten Wochen beginnen. Die Lehrstätten befinden sich in folgenden Stadtteilen: Norden, Osten, Wedding, Neutamm und Westen. Zur Deckung der Unkosten wird ein monatlicher Beitrag von 4 M. erhoben. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Auskunft und Anmeldungen in der Geschäftsstelle der Sprachschule, Berlin W 57, Zietenstr. 6a.

**Verkehrsentwicklung — Verkehrsheimnisse.**  
Der unter dieser Ueberschrift im „Verkehrsband“ Nr. 4 abgedruckte Artikel ist von Dr. Theodor Wolff verfaßt. Durch ein Versehen ist der Name des Autors ausgefallen.

**Briefkasten.**  
Anonymus in Striegau. Sie waren sich doch wohl darüber klar, verehrter Herr, daß Ihre „Kritik“ wie alle Aufschriften von Mutigen, die ihren Namen verlocken, in den Papierkorb wandern würde. Wozu also der Spaß?

**Bundesmitglieder!**

Im März/April sind die

## Neuwahlen

### für die Betriebsvertretungen

durchzuführen. Die Vorbereitungen sind schon jetzt zu treffen.

Betriebsräte haben einen Wahlvorstand zu wählen. Der Betriebsobmann im Kleinbetrieb hat einen Wahlleiter zu bestimmen.

Wird es von diesen unterlassen oder ist keiner von beiden vorhanden, dann muß es der Unternehmer tun. Die Belegschaften haben ihn dazu aufzufordern.

Weigert er sich, ist die Organisation zu denachrichtigen und das Arbeitsgericht in Anspruch zu nehmen.

### Die Aufstellung der Kandidaten hat rechtzeitig zu erfolgen!

Wählt als Kandidaten nur erfahrene, tüchtige und besonnene Gewerkschaftsmitglieder. Schreier und Phrasendrescher sind zu meiden.

### Stellt nur

## Gewerkschaftslisten auf!

Reicht die Vorschlagsliste rechtzeitig ein und führt die Wahl durch!

Sichert euch die gesetzlichen Rechte!

Laßt keinen dazu berechtigten Betrieb aus!

Handelt in enger Verbindung mit der Ortsverwaltung!

Werbt dabei neue Mitglieder!

**Bekanntmachungen des Bundesvorstandes.**  
Die Adresse des Bundesauschusses ist:  
August Uebe, Magdeburg, Schrotestr. 17, III.  
Abhanden gekommen sind die Mitgliedsbücher nachstehend genannter Kollegen:  
In Hamburg: Heinrich Böttcher, Opt.-Nr. 547 720; Otto Fuhr, Opt.-Nr. 553 564.  
Bötter ist auch der Betriebsräteausweis sowie die Delegiertenkarte zur Generalversammlung verlorengegangen.  
In Rathenow: Ernst Scholz, Opt.-Nr. 2 250 240.  
Ferner ist das Mitgliedsbuch für die „Kenta“ Nr. 332 132 des Kollegen Robert Trunk in Mannheim abhanden gekommen.  
Falls vorstehende Ausweise vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an den Unterzeichneten einzusenden.  
Der Vorstand.  
Damaschmann, Berlin SO 16.  
Michaelstr. 11

